Terror in Gaza - Die Waffen nieder, für Versöhnung arbeiten!

Krieg ist Terror. Von 10 Toten sind 9 Zivilisten. Gerechte oder gar "legitime" (Steinmeier) Kriege gibt es nicht. Die israelische Politik wie auch die der Hamas verstellen durch ihre terroristische Gewalt ihre je eigene Zukunft und verletzen auf das Schwerste die Menschenrechte, die für alle gelten. Kriegsterror für die Verbesserung von Wahlchancen einzusetzen, ist ein schamloses Verbrechen.

* Wir fordern, sofort die Kämpfe einzustellen.

* Wir fordern, sofort und bedingungslos die Zugänge zu Gaza zu öffnen, um medizinische und Lebensmittelhilfe zu ermöglichen.

* Wir fordern, die sofortige und bedingungslose Freilassung des gekidnappten israelischen Soldaten Gilad Schalit durch die Hamas, wie auch die Freilassung der palästinensischen, politischen Gefangenen in Israel.

* Wir fordern von Israel, die Grenzen von 1967 zu respektieren, sofort den Siedlungsbau im Westjordan-Land zu stoppen und ihre Repressionspolitik gegenüber den Palästinensern zu beenden.

* Wir fordern von der so genannten internationalen Gemeinschaft, die Ergebnisse demokratischer Wahlen anzuerkennen und die Hamas in einen Friedensdialog einzubeziehen statt sie auszugrenzen und zu bekämpfen

* Wir fordern von der israelischen Regierung, das wichtige Friedensangebot der arabischen Staaten anzunehmen und in einen allseitigen Dialog darüber ohne Ausgrenzungen einzutreten.

* Wir fordern eine gerechte Friedenslösung im israelisch-palästinensischen Konflikt, einem Konflikt der alle menschlichen Beziehungen in Nahost vergiftet und Vertrauensbildung zwischen den Völkern verhindert.

Mit unseren Forderungen unterstützen wir die vielen israelischen und palästinensischen Initiativen, die sich für Verständigung und Frieden unter schwierigsten Bedingungen mit Weitsicht und Mut einsetzen. Nicht Kriegsterror schafft Frieden, sondern nur die Arbeit und Politik für Versöhnung und Kooperation. Wir rufen Palästinenser und Israelis auf, sich dieser Arbeit anzuschließen, und die internationale Friedensbewegung, sie dabei zu unterstützen.

Komitee für Grundrechte und Demokratie -
Pressemitteilung vom 29.12.2008 von Andreas Buro,
Friedenspolitischer Sprecher des Komitee für Grundrechte und Demokratie